



Pressemitteilung

Kinderkommission fordert verbesserte Zusammenarbeit der Ministerien bei Kindesentziehung

Berlin, 24. Juli 2009

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Jedes Jahr werden in Deutschland rund 1.000 Kinder dauerhaft vermisst. In vielen Fällen handelt es sich dabei um internationale Entführungen, bei denen ein Elternteil das Kind gegen den Willen des anderen ins Ausland bringt. Die Kinderkommission wird immer wieder von betroffenen Eltern um Hilfe gebeten und hat sich deswegen in einer vergangenen Sitzung mit diesem Thema beschäftigt.

Verschwindet ein Kind spurlos, ist schnelle und konzentrierte Hilfe entscheidend. Jede Stelle, an die sich betroffene Eltern wenden können, sollte kompetente Kontaktpersonen ausweisen, die schnell die notwendigen Maßnahmen ergreifen. Die Kinderkommission fordert deswegen ein umfassendes Informations- und Fortbildungsangebot der zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Polizei, Jugendamt und Botschaften. Insgesamt muss die Vernetzung und Kooperation aller involvierten Stellen insbesondere der zuständigen Ministerien verbessert werden. Ziel muss es sein, dem verlassenen Elternteil mit allen staatlich zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu helfen. Zudem hält die Kinderkommission den Aufbau eines Alarmsystems für vermisste Kinder in den Mitgliedsstaaten des Haager Kinderschutzübereinkommen für notwendig.

Die vollständige Stellungnahme können sie unter http://www.bundestag.de/ausschuesse/a13/kiko/Empfehlungen_und_Stellungnahmen/kindesentziehung_ausland.pdf nachlesen.